

WP-04-126-2 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND NRW

Beschlussdatum: 29.10.2026

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 126 bis 130:

Wir führen ein Bezahlbare-Mieten-Gesetz ein, mit dem wir Vermieter*innen, dene mehr als 50 Wohneinheiten gehören, dazu verpflichten, je nach Unternehmensgröße einen bestimmten Anteil ihrer Wohnungen zu bezahlbaren Preisen anzubieten, für die Instandhaltung Geld zurückzulegen und entsprechende Mittel zweckgebunden in die Häuser zu investieren. Die dafür notwendige Transparenz schaffen wir mit der Einführung eines Wohnungskatasters. Es kann nicht sein, dass wir oft nicht wissen, wem welche Immobilien wirklich gehören, und Eigentum verschleiert wird. Bei Verstößen gegen das Bezahlbare-Mieten-Gesetz sehen wir harte Sanktionen vor: Statt nur Bußgelder auszusprechen, die viele renditegetriebene Geschäftsmodelle aus der Portokasse bezahlen oder bei der Verwertung schlecht sanierter Häuser mit einpreisen, wollen wir Treuhänder*innen einsetzen, die für eine ordentliche Instandhaltung und soziale Vermietung sorgen. Außerdem sollen Gewinne, die sich aus Verstößen gegen das Bezahlbare-Mieten-Gesetz speisen, in Zukunft abgeschöpft werden können. Unser Gesetz nimmt insbesondere große Vermieter*innen in den Blick: Für sie setzen wir klare Regeln. Sollten einzelne Großvermieter*innen diesem sozialen Rahmen dennoch partout nicht nachkommen und sich wiederholt weigern, die Regeln einzuhalten, ist für uns klar, dass diese Vermieter*innen auch auf Dauer nichts mehr auf dem Wohnungsmarkt in NRW zu suchen haben und ihre Wohnungen veräußern müssen.

Ebenso konsequent gehen wir gegen ausbeuterische Vermietung sowie spekulativen Leerstand vor und schaffen mit der Treuhandverwaltung ein neues Instrument, um bei schweren Missständen eingreifen zu können.

Wir setzen uns auf Bundesebene für handhabbare Straftatbestände gegen Mietwucher ein. Dazu passen wir den Straftatbestand des Wuchers (§ 291 StGB) in Bezug auf Vermietung praxistauglich und ähnlich der Ordnungswidrigkeit für Mietpreiserhöhung (§ 5 WirStrG) an, wobei wir eine höhere Schwelle für den Wucher wählen.

~~Wir gehen konsequent gegen ausbeuterische Vermietung vor und schaffen mit der Treuhandverwaltung ein neues Instrument, um bei schweren Missständen eingreifen zu können.~~ Als letztes Mittel ermöglichen wir die Enteignung besonders problematischer Immobilien. Übernachtungsplattformen wie Airbnb regulieren wir